

Angstzone Spremberg



Für einen Teil der SprembergerInnen ein gefährlicher Ort

Die Kleinstadt im Süden Brandenburgs bleibt ein Beratungsschwerpunkt der Opferperspektive, denn nach wie vor schränkt die rechte Szene die Bewegungsfreiheit von Jugendlichen durch Angriffe und Bedrohungen nachhaltig ein. Wer nicht zu den rechten Cliques gehört, die Haare bunt trägt oder bekannt ist für eine linke Einstellung, meidet gewisse Orte in der Stadt, um nicht Gefahr zu laufen, zusammengeschlagen zu werden. Das Bowlingcenter in der Innenstadt gehört ebenso dazu wie der Busbahnhof und der Marktplatz. Hier hat die rechte Szene den öffentlichen Raum besetzt. Aber auch wenn sie woanders in der Stadt unterwegs sind,

werden alternative Jugendliche von Neonazis beleidigt, geschlagen oder mit Autos verfolgt. Die Betroffenen wissen sich nicht anders als mit Ausweichbewegungen und Vermeidungsstrategien zu helfen. Die Innenstadt wird umgangen und Schleichwege durch Spremberg gesucht. Manche haben nach Angriffen ihre Punkfrisuren aufgegeben, um nicht schon von weitem für die Rechten erkennbar zu sein. Eltern potenziell Betroffener haben Angst, dass ihre Kinder nicht unbeschadet zur Schule oder abends nach Hause kommen.

In Spremberg existiert ein über Jahre gewachsenes Milieu von Neonazis. Nach der Verunsicherung durch das Verbot

der „Spreelichter“ im vergangenen Jahr treten die Rechten wieder mit großem Selbstbewusstsein auf. Sie scheinen sich durch ihr Umfeld bestätigt und durch die meist langwierige und in der Vergangenheit häufig erfolglose Strafverfolgung ermutigt zu fühlen.

Die von der rechten Gewalt Betroffenen dagegen fühlen sich allein gelassen. Zwar unterschrieben im Laufe des vergangenen Jahres fast 4000 EinwohnerInnen einen Aufruf des Bürgermeisters gegen rechte Angriffe auf Parteibüros und die Zeitungsredaktion, eine ausdrückliche Solidarisierung mit den Jugendlichen, die die Hauptbetroffenen der Gewalt sind, blieb aber bis heute aus. Die Jugendlichen kritisieren, die alltäglichen Bedrohungen und Attacken gegen sie würden in der Stadt beschwiegen. Stattdessen gibt es hitzige Diskussionen über Antifa-Graffitis, die ihnen angelastet werden und die Stadt verschandeln würden. Statt als Opfer rechter Gewalt, die es zu schützen gilt, sehen sie sich als Störfaktor behandelt. Offensichtlich ist in den Debatten, die in der Stadt geführt werden, das Verhältnis zwischen Ordnung und Gewalt völlig aus dem Lot. Im Aufruf des Bürgermeisters bekennt sich die Stadt zu Weltoffenheit. Dazu gehört eine vielfältige Jugendkultur, die außerdem der beste Schutz gegen die Ausbreitung rechter Dominanz ist.

Opferperspektive e.V.

INHALT

NPD

Rassistische Hetze gegen Flüchtlinge und Prügel für Gegendemonstranten

DISKRIMINIERUNG

Kein Bankkonto aber „Wohnfähigkeitsprüfungen“ für Asylsuchende

IN EIGENER SACHE

Die Opferperspektive gibt ein Buch heraus

IM GESPRÄCH

15 Jahre Opferperspektive

MONITOR

Gefährlicher Schulweg

Im März wird ein alternativer Jugendlicher am Busbahnhof von vier rechten Jugendlichen geschubst und mehrmals mit der Faust geschlagen. Es gelingt ihm, sein Handy zu zücken und zu drohen, die Polizei zu rufen. Danach wird von ihm abgelassen. Wenige Tage zuvor war er von denselben Rechten als „linkes Stück Scheiße“ beschimpft worden. Vier Tage später wird er wieder am Busbahnhof angegriffen. Die Täter las-

sen erst von ihm ab, als eine Mitschülerin eingreift. Diese Geschichte hat ein Nachspiel: Der Busfahrer, der die Situation beobachtete, wird wegen unterlassener Hilfeleistung angezeigt und besorgte Eltern wenden sich in einem Brief an die Stadtverordnetenversammlung. Dort verschiebt sich aber der Schwerpunkt der Diskussion von der rechten Gewalt hin zu „linken Schmierereien“ am Busbahnhof.

Rassistische Hetze gegen Flüchtlinge und Prügel für GegendemonstrantInnen



Die NPD verfolgt seit einiger Zeit eine neue Strategie: Statt überregionale Demonstrationen und große Aufmärsche, die regelmäßig durch Blockaden und

andere Gegenaktionen be- oder verhindert wurden, führt sie kleine Kundgebungen und „Wander-Mahnwachen“ durch, um mit geringem personellen Einsatz an vielen Orten Präsenz zu zeigen und rassistische Stimmung zu verbreiten. Auf diese Weise betreibt die Neonazi-Partei seit April eine Kampagne gegen Flüchtlinge mit dem zynischen Slogan „Einmal Brandenburg und zurück – Asyl ist kein Selbstbedienungsladen!“. Zum Aufbau einer Drohkulisse werden die Veranstaltungen immer wieder direkt vor Flüchtlingsunterkünften abgehalten. Für den 3. August hatte die NPD eine solche Kundgebung an der Zentralen Aufnahmestelle für Asylsuchende in Eisenhüttenstadt

angemeldet. Etwa 700 Flüchtlinge sind dort untergebracht. Um gegen die Hetze zu protestieren, versammelten sich vor Ort zahlreiche Flüchtlinge und AntirassistInnen aus der Region und Berlin. Als die etwa 20 NPD-Mitglieder den Kundgebungsort erreichten, sprangen einige mit den Rufen „Rote Faschisten“ und „Juden“ aus ihren Autos, stürmten unvermittelt auf die GegendemonstrantInnen zu, traktierten sie mit Fäusten, einer Fahnenstange und Pfefferspray. Ein Gegendemonstrant musste ins Krankenhaus eingeliefert werden, fünf weitere wurden verletzt. Unter den Angreifern befanden sich laut AugenzeugInnen regionale NPD-Funktionäre, der Vorsitzende des Landesverbandes, Klaus Beier, sah dem Geschehen zu. Auch in Cottbus, wo die NPD im Mai ihre Kundgebung abhielt, kam es zu einem gewalttätigen Übergriff.

DISKUSSION

Wegschauen und Ignorieren funktioniert nicht

Während sich in Eisenhüttenstadt etwa 80 Menschen versammelten, um der rassistischen Hetze der NPD entgegenzutreten, hielt sich die Stadtverwaltung auffallend zurück. Man habe absichtlich nicht zur Gegendemonstration aufgerufen, erklärte Bürgermeisterin Dagmar Püschel (Die Linke) der Presse später, denn sie halte es für besser, die Neonazis zu ignorieren statt ihnen Aufmerksamkeit zu schenken. Man habe sich deshalb darauf beschränkt, Plakate gegen Nazis aufzuhängen, um ihnen so zu zeigen, was man von ihnen hält.

Nachdem jahrelang mit guten Argumenten dafür gestritten worden ist, dass sich gerade kommunale AkteurInnen mit Vorbildfunktion in die vorderste Reihe von Protesten gegen Neonazismus und Rassismus stellen sollten, ist diese Position nicht nachvollziehbar. In einer Expertise zum Umgang mit rechten Aufmärschen kam das landesweite Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit erst kürzlich wieder zu dem Schluss, dass vor allem BürgermeisterInnen und Stadtverordnete wichtige Autoritäten für die

öffentliche Meinungsbildung sind, ihre Beteiligung an Protesten deshalb von entscheidender Bedeutung. Wegsehen nutzt nichts! Gesicht zeigen ist gefragt! Eine Stadtverwaltung hat viele Möglichkeiten dazu: In Sedlitz wurde beispielsweise der NPD die Kundgebung vor dem Flüchtlingsheim nicht genehmigt, die Hetzer landeten stattdessen am Stadtrand, konfrontiert mit zahlreichen Protestierenden, darunter Kreis- und Stadtobere.

Fast keine brandenburgische Stadt wurde in den vergangenen Monaten von Kundgebungen der Neonazis verschont und fast überall gab es kurzfristig mobilisierte, erfolgreiche Proteste. In Perleberg waren sie am wütendsten, es flogen Eier. In Neuruppin gingen die Parolen der sieben NPD-FunktionärInnen im Gelächter der GegnerInnen unter, in Kyritz wurden sie ausgebuht, in Forst von lautstarken AntifaschistInnen übertönt und in Lauchhammer mussten sie die Kundgebung aufgrund der lautstarken Proteste mit Trillerpfeifen und Kochtöpfen abbrechen. In Wandlitz stellten sich Flüchtlinge und AnwohnerInnen als Kette vor das neue Heim.

POLIZEI

Verschleierung und Verharmlosung

Von dem brutalen Angriff der NPD auf GegendemonstrantInnen in Eisenhüttenstadt war in den Zeitungen, die keine Berichterstattung vor Ort hatten, nichts zu lesen. Sie verließen sich auf den Polizeibericht und schrieben zum Beispiel: „Bei der Kundgebung kam es zu Rangeleien, als beide Lager aufeinandertrafen.“ Einzig ein Redakteur der Lokalzeitung berichtete über das tatsächliche Geschehen und die Gewalt der NPD-Funktionäre, die in der polizeilichen Presseinformation mit dem Bild der sich rangelnden Kontrahenten verschleiert und verharmlost wird.

Ähnliche ein Bericht auf der Internetwache, dem Polizeionlineportal: Im Juli war dort unter der Überschrift „Meinungsverschiedenheit endet in Körperverletzung“ zu lesen, es habe am Wandlitzsee eine Auseinandersetzung zwischen zwei Männern gegeben, die zu beidseitigen Handgreiflichkeiten führte. Beim Weiterlesen entpuppt sich der vermeintlich private Streit als etwas ganz anderes. Man erfährt: ein Badegast verbat sich den „Hitlergruß“, mit dem ein junger Mann auf ihn zukam. Diese „Meinungsverschiedenheit“ führte zur Prügelei, bei der er leicht verletzt wurde.

Kein Bankkonto aber „Wohnfähigkeitsprüfungen“ für Asylsuchende

Die Zahl der Ratsuchenden, die sich an die Antidiskriminierungsberatung der Opferperspektive wenden, steigt kontinuierlich. Neben Betroffenen treten vermehrt auch Initiativen und Organisationen an uns heran. So jüngst die Arbeitsgruppe Wohnen des Flüchtlingsrates. Der Anlass: Die Stadt Potsdam hat ein neues Unterbringungskonzept für Asylsuchende und Menschen mit Duldungen in Kraft gesetzt. Positiv daran ist, dass die Verpflichtung in Sammelunterkünften zu wohnen, zeitlich begrenzt wird. Negativ indes, dass der Auszug an eine sogenannte Wohnfähigkeitsprüfung geknüpft wird. Dabei handelt es sich um einen Erhebungsbogen in dem unter anderem soziale Verhaltensweisen erfasst und bewertet werden. Diese „Wohnfähigkeitsprü-

fung“ ist Grundlage für die Behördenentscheidung, ob die Flüchtlinge sich eine Wohnung suchen dürfen oder in der Sammelunterkunft (6 qm / Person) verbleiben müssen. Diese Praxis bewerten wir als diskriminierend im Sinne des Gesetzes. Wir haben deshalb ein juristisches Gutachten in Auftrag gegeben, um unsere Einschätzung im Detail juristisch darzulegen und dieses für weitere Interventionen bereitzustellen, damit diese entwürdigende Praxis ohne viele Einzelklagen gestoppt werden kann und verhindert wird, dass sie über Potsdam hinaus Schule macht.

Wegen Problemen bei der Kontoeröffnung wandten sich Flüchtlingsberatungsstellen aus ganz Brandenburg an uns. Weil ein Konto die Voraussetzung für eine Mietwohnung oder einen Han-

dyvertrag ist, hat die EU-Kommission im Mai das Grundrecht auf ein Bankkonto beschlossen. Menschen mit Duldung oder Aufenthaltsgestattung (das sind Flüchtlinge im Asylverfahren oder Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, die aber trotzdem nicht ausreisen können) verweigern die Geldinstitute jedoch weiterhin regelmäßig die Eröffnung von Bankkonten, meist mit dem Hinweis, sie hätten unzureichende Ausweispapiere und im Zusammenhang mit dem Geldwäschegesetz. Wir fanden heraus, dass es sich dabei in sehr vielen Fällen um einen Verstoß gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz handelt. Insgesamt sehen wir hier politischen Handlungsbedarf und werden demnächst einen Hintergrundbericht zum Thema veröffentlichen.

IN EIGENER SACHE

Zum 15. Geburtstag hat die Opferperspektive ein Buch herausgegeben

1998 gründeten drei junge Menschen die Opferperspektive und nahmen als bundesweit erste Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt die Arbeit auf. Damit betraten sie Neuland. Die massive Welle rechter Gewalt Anfang der 1990er Jahre hatten sie als Antifa-AktivistInnen erlebt und aus dieser politischen Erfahrung heraus einen innovativen, ganzheitlichen, also auch gesellschaftlich wirksamen Beratungsansatz entwickelt. Seit dem Jahr 2000 entstanden auch in den anderen neuen Bundesländern und Berlin Beratungsprojekte, die mit diesem Ansatz arbeiten. Gemeinsam wurde das Konzept weiterentwickelt.

15 Jahre sind seitdem vergangen, eine lange Zeit, in der es viel zu lernen gab. Zusammen mit allen, die in diesen Jahren bei der Opferperspektive gearbeitet haben und mit den KollegInnen in den anderen Beratungsstellen, haben wir einen großen Berg an Erfahrungen gesammelt. Da es bis auf vereinzelt Aufsätze und Studienabschlussarbeiten nichts darüber zu lesen gibt, haben wir

den 15. Geburtstag zum Anlass genommen, ein Buch herauszugeben.

Das Buch ist ein politisches und ein Fachbuch zugleich. Es vereint unterschiedliche Textsorten, stellt verschiedene Herangehensweisen und praktische Erfahrungen dar. Viele WegbegleiterInnen und KollegInnen haben Texte beigesteuert. Ein großes Kapitel ist der Antidiskriminierungsarbeit gewidmet, denn seit dem Jahr 2009 begleitet die Opferperspektive nicht nur Opfer rechter Gewalt, sondern berät auch Betroffene rassistischer Diskriminierung.

Das Buch gliedert sich in vier Abschnitte: „Rechte Gewalt“, „Rassistische Diskriminierung und Antidiskriminierungsarbeit“, „Beratung von Opfern rechter Gewalt“ und „Akteure und AktivistInnen“. Um der Komplexität der Themen gerecht zu werden, werden sie aus jeweils unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet. Jeder Beitrag steht dabei für sich.

Wir wünschen der LeserInnenschaft eine gewinnbringende Lektüre!



Opferperspektive e.V. (Hrsg.)
 Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt. An der Seite der Betroffenen beraten, informieren, intervenieren.
 Verlag Westfälisches Dampfboot
 381 Seiten, 19,90 €
 ISBN 978-3-89691-947-2

15 Jahre Opferperspektive

Im Gespräch: Rosemarie Priet, Diplom-Psychologin und Leiterin der Opferberatungsstellen und der Traumaambulanz des Vereins Opferhilfe Land Brandenburg e.V.

Frau Priet, die Opferperspektive wird 15 Jahre alt. Wie war damals Ihr erster Kontakt mit dem neuen Projekt?

Wir waren von Anfang an im Gespräch, wirklich mehr miteinander zu tun bekommen wir, als sich die Frage stellte, ob die Opferperspektive vom Land gefördert wird. In dem Zusammenhang fragte die Landesregierung an, ob wir die Betreuung von Opfern rechter Gewalt mit übernehmen könnten. Das stand für uns aber gar nicht zur Diskussion. Die Opferperspektive machte vor allem politisch eine ganz hervorragende Arbeit, die wir gar nicht hätten leisten können. Wir wollten, dass sie gefördert wird. Wir haben später eine Kooperationsvereinbarung miteinander getroffen: Die Opferhilfe übernimmt die psychologische Betreuung und die Opferperspektive die sozialpädagogische Be-

gleitung mit allem, was bei ihrem Ansatz dazu gehört: das pro aktive Aufsuchen der Betroffenen, die Begleitung im Alltag und vor allem vor Gericht, lokale Interventionen und Öffentlichkeitsarbeit.

In welchem Verhältnis steht der Beratungsansatz der Opferperspektive zum Ansatz der allgemeinen Opferberatung?

Die Arbeit der Opferperspektive ist qualitativ ganz anders als unsere. Sie ist sehr wertvoll, weil sie, anders als die herkömmlichen Opferberatungen, aufsuchend arbeitet. Wenn wir warten würden, bis die Leute zu uns kommen, würden die meisten Opfer rechter Gewalt nie Hilfe erhalten. Die Opferperspektive fährt hin, bietet selbst Unterstützung an, baut aber auch die Brücke zu anderen Hilfeleistungen, zum Beispiel zu unseren. Außerdem macht ihre Arbeit vor Ort es möglich, dass zum Beispiel unser Angebot der psychologischen Betreuung überhaupt wirksam werden kann. Erst muss der Schutz gewährleistet sein und die Angst vor existenziellen Bedrohungen, wie einem erneuten Angriff, bewältigt werden, bevor eine psychologische Intervention greifen kann. Im Alltag läuft das parallel, aber die Arbeit vor Ort ist die Basis.

Noch wichtiger ist, dass ohne die Opferperspektive sehr viele Betroffene nie ein Signal der Solidarität, der Unterstützung und des Schutzes bekommen hätten. Das aber ist für die Betroffenen eine elementare Voraussetzung, um weitermachen und die gefährvolle Situation durchstehen zu können und um Hoffnung zu bekommen, dass sie sich schützen und in einem weiteren Schritt, heilen können.

Bei Opfern rechter Gewalt ist auch die Einbeziehung der Mitbetroffenen enorm wichtig und das geht nur vor Ort. Die stellvertretende bzw. kollektive Viktimisierung ist das herausragend typische Merkmal rechter Gewalt. Gemeint ist ja die ganze Gruppe, für die Einzelne stellvertretend angegriffen werden. In einem Flüchtlingsheim beispielsweise entwickelt sich nach Angriffen auf einen einzelnen Bewohner eine starke Dynamik, weil alle mit verletzt sind. Da ent-

stehen massive Ängste, die eine regelrechte Spirale in Gang setzen können. Deshalb muss man alle mit einbeziehen, das ganze System berücksichtigen. Dazu gehört im weitesten Sinne natürlich auch die Kommune. Wenn in der Kommune Ressourcen aktiviert werden können und Menschen sich ermutigt fühlen, ein Zeichen zu setzen, dass sie nicht einverstanden sind mit dem, was passiert ist, ist das enorm wichtig für die Genesung der Betroffenen und das Sicherheitsgefühl der ganzen Gruppe.

Gab es im Laufe der Jahre gemeinsame Projekte?

Wir haben gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen angeboten. Das war sehr effektiv und es hat Spaß gemacht, unter anderem weil die Zusammenarbeit konkurrenzfrei war und das hat man ja nicht so oft. Wir haben auch Fälle zusammen bearbeitet. Jahrelang waren es viele Flüchtlinge, die nach Angriffen aus ihren abgelegenen Wohnorten weggehen mussten und nach Potsdam umziehen wollten. Dafür muss eine „Umverteilung“ beantragt werden. Im Vorgriff auf den Umzug haben die Betroffenen schon bei uns in Potsdam die psychologische Beratung aufgesucht und wir haben Gutachten für die Umverteilung geschrieben. Diese Zusammenarbeit ist weniger geworden, weil aktuell mehr linke, alternative Jugendliche von rechter Gewalt betroffen sind. Für die ist die Hürde, in psychologische Beratung zu gehen, weitaus höher.

Wie sehen Sie die Opferperspektive heute?

Mein Eindruck ist: Die Opferperspektive ist aus einem politischen Engagement heraus entstanden, hat mit einem großen politischen Veränderungswillen gegen diese himmelsschreienden Ungerechtigkeiten angefangen zu arbeiten und sich im Laufe der Jahre stark professionalisiert. Aber vielleicht ist das Etwas, was Opferhilfe insgesamt kennzeichnet: die zunehmende Qualifizierung und Professionalisierung der Strukturen im Laufe der letzten Jahre.

IMPRESSUM



Opferperspektive e. V.
Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam

Telefon: 0331 8170000
Telefax: 0331 8170001
E-Mail: info@opferperspektive.de
Internet: www.opferperspektive.de

Redaktion: Ulrike Imhof,
Beate Selders

Lektorat: Haidy Damm

Spendenkonto: 3813100
Bank für Sozialwirtschaft
Bankleitzahl: 100 205 00

